

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF

vernehmlassung@sif.admin.ch

Bern 12. März 2013

**Vernehmlassung zum FATCA-Abkommen und zum Entwurf des geplanten Bundesgesetzes
betreffend der Umsetzung des FATCA Abkommens**

Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir zum FATCA-Abkommen und der entsprechende Gesetzgebung Stellung nehmen dürfen.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Grünen lehnen das FATCA-Abkommen („Foreign Account Tax Compliance Act“) mit den USA ab. Die Schweiz braucht eine Weissgeldstrategie, die für alle Länder gleichermaßen gilt und nicht nur für die USA. Die Schweiz soll sich entsprechend aktiv für einen globalen Standard des automatischen Informationsaustausches (AIA) einsetzen. Statt bilaterale Sonderlösungen zu suchen, sollte der Bundesrat sich gegen Steuerhinterziehung und für einen qualitativen und nachhaltigen Schweizer Finanzplatz engagieren. Mit FATCA geschieht dies nicht.

Die Grünen sehen weder die Dringlichkeit noch die Notwendigkeit für die Ratifizierung von FATCA. FATCA ist ein weiteres bilaterales Steuerabkommen, welches die Schweiz unter dem Druck ausländischer Behörden unterzeichnet hat. Leider versäumt es der Bundesrat weiterhin, aktiv auf eine Globallösung der Steuerfragen hinzuabreiten. Mit dem Abkommensmodell 1 von FATCA hätte die Schweiz zumindest einen Schritt in diese Richtung gemacht.

Mit dem Abkommensmodell 2 bemüht sich der Bundesrat hingegen um eine weitere Sonderlösung, die eine progressive Steuerpolitik verzögert. Der Bundesrat macht sich damit zum Hüter eines Schweizer Bankgeheimnisses, das weder in seiner Form noch in seiner Substanz zeitgemäss ist. Damit wird weder die Qualität noch die Nachhaltigkeit des Schweizer Finanzplatzes gesichert.

Um was es bei FATCA geht

FATCA ist ein Gesetz, das die US Behörden ermächtigt, Guthaben aller „US Persons“ die im In- und Ausland leben (nicht nur BürgerInnen der Vereinigten Staaten) zu identifizieren. Damit soll verhindert werden, dass US-steuerpflichtige Personen, insbesondere mittels ausländischer Finanzinstitutionen, Steuern hinterziehen. Dies soll vor allem durch eine Ausweitung des Reportings der Banken erreicht werden. In Zukunft sollen damit alle Steuerwerte aller US-Bürgerinnen und Bürger erfasst werden.

Auch bei einer Ablehnung des Abkommens durch die Schweiz wären die Schweizer Banken, welche in den USA aktiv sind, verpflichtet den amerikanischen Steuerbehörden Informationen zu liefern. Steuerhinterziehung wird also sowohl im Falle einer Ratifizierung als auch bei Nichtratifizierung von FATCA massiv erschwert. Ohne das Abkommen bleiben die Finanzinstitutionen selber zuständig, mit dem entsprechenden administrativen Aufwand. Banken welche FATCA nicht anwenden, verlieren den Zugang zum US-Markt. Bei einer Ablehnung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und den USA drohen aber keine volkswirtschaftlich gravierenden Schäden für die Schweiz.

Aus folgenden Gründen lehnen die Grünen FATCA in seiner jetzigen Form ab:

- Der Bundesrat fährt weiterhin eine Strategie des „**Bilateralismus**“ und versucht mit letzter Kraft die Überreste des Bankgeheimnis zu bewahren.
- Die Schweiz verfügt mit FATCA über **keinerlei Gegenrecht (Reziprozität)**. Darin drücken sich zwei Dinge aus: Zum einen wollen die USA gleiches Recht nicht zulassen. Die Schweiz hat sich aber auch nicht darum bemüht, da sie sich weiterhin gegen den Austausch von Bankkundeninformationen stark macht.
- Ein weiteres Problem ist die „dynamische Rechtsanpassung“: **Mit FATCA akzeptiert die Schweiz eine einseitige dynamische Rechtsübernahme und schafft damit ein Präjudiz**. Damit schwächt die Schweiz auch ihre Position für zukünftige bilaterale Verhandlungen mit der EU.
- Mit FATCA gibt es **keine rechtliche Regelung der Vergangenheit**.

Grüne sind gegen das Abkommensmodell 2 von FATCA

Gemäss einer gemeinsamen Erklärung beabsichtigen Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Spanien, mit den USA je ein Abkommen für eine erleichterte Umsetzung von FATCA abzuschliessen. Alle diese Länder wollen das sogenannte Abkommensmodell 1 ratifizieren. Im Zentrum dieses Abkommens steht ein automatischer Informationsaustausch (AIA) an die US-Steuerbehörden via die heimischen Steuerbehörden. Dieses Modell wäre aus Sicht der Grünen auch für die Schweiz erstrebenswert. Als Folge dieses Abkommens kann ein internationaler Standard des AIA ausgearbeitet werden. Die Schweiz könnte mit der Unterstützung und Umsetzung dieses Abkommens eine nachhaltige Finanzplatzstrategie betreiben und einen qualitativ hochstehenden Finanzplatz entwickeln.

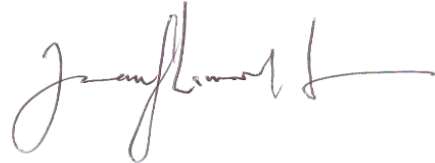
Stattdessen peilt der Bundesrat mit dem Abkommenstyp 2 eine Sonderlösung an, welche nicht nachhaltig ist und von den Grünen nicht unterstützt wird. Die schweizerischen Finanzinstitute sollen gemäss diesem Abkommensmodell 2 die Bankkundeninformationen direkt den US-Steuerbehörden liefern. Die Finanzinstitutionen sind auch nicht verpflichtet „unkooperative“ US-Kunden namentlich zu melden. Die USA können bei diesen „unkooperativen“ Kunden hingegen mittels Gruppenersuchen Amtshilfe von der Schweiz verlangen.

Bei einer Ablehnung von FATCA übernimmt die Schweiz keinerlei Verantwortung für die Banken. Entsprechend kann der Bund gegenüber den Banken freier handeln. Die aktuelle Entwicklung der Schweizer Finanzplatzstrategie zeigt, dass der Einfluss der Grossbanken weiterhin sehr gross ist und dass die Schweizer Behörden aufgrund der Abhängigkeit vom Finanzsektor keine genügend vorausschauende Politik betreiben wollen.

Mit freundlichen Grüssen

Handwritten signature of Regula Rytz in black ink, consisting of a horizontal line followed by a dot and two vertical strokes.

Regula Rytz
Co-Präsidentin der Grünen Schweiz

Handwritten signature of Iwan Schauwecker in black ink, featuring a large, stylized 'J' and 'S'.

Iwan Schauwecker
Politischer Sekretär